

Begleitendes Dokument zur Glasgow-Erklärung „Ernährung und Klima“

Die Erklärung von Glasgow enthält die Verpflichtung, die Entwicklung integrierter Ernährungspolitiken als Schlüsselinstrument im Kampf gegen den Klimawandel zu beschleunigen. Sie verpflichtet die Kommunen, die Treibhausgasemissionen aus städtischen und regionalen Ernährungssystemen in Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen und den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu reduzieren, und fordert nationale Regierungen und internationale Institutionen zum Handeln auf.

Warum sollte man den Klimawandel aus der Ernährungssystem-Perspektive betrachten?

Die heutigen Ernährungssysteme sind für 21-37 % der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Sie sind eine der Hauptursachen für die Umweltzerstörung und tragen erheblich zu sozioökonomischen und gesundheitlichen Ungleichheiten bei. Viele dieser Probleme lassen sich auf industrielle Ernährungs- und Agrarsysteme zurückführen, die darauf ausgerichtet sind, große Mengen an Rohstoffen für den Weltmarkt zu produzieren. Diese Systeme umfassen ein breites Spektrum landwirtschaftlicher Produktionsmodelle, die auf großflächigen Monokulturen, intensiver Viehhaltung, der Verwendung genetisch einheitlicher Sorten und Rassen sowie dem intensiven Einsatz synthetischer Betriebsmittel und Antibiotika basieren. Das bestehende Ernährungssystem ist nicht nur Mitverursacher der Klima- und Ökosystemkrise, sondern erleidet durch sie auch schweren Schaden: schon jetzt sind die Vorhersagbarkeit von Erträgen und Lebensmittelpreisen, die zuverlässige Verteilung sowie die Lebensmittelqualität und -sicherheit und die Ernährungssicherheit beeinträchtigt.

Daher müssen nachhaltige Ernährungssysteme weltweit auf dem Zugang zu gesunder Ernährung für alle, auf Agrarökologie und regenerativer Landwirtschaft, auf Kreislaufwirtschaft und auf der Herstellung gerechter Lebensbedingungen beruhen. Der Aufbau solcher Systeme und die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen erfordern einen Ansatz für Ernährungssysteme, der die Vielfalt und Komplexität der Wechselwirkungen innerhalb von Ernährungssystemen berücksichtigt. Ein Ernährungssystem-Ansatz bietet den notwendigen Rahmen, um Synergien und Zielkonflikte verschiedener Klimaschutzstrategien zu identifizieren, zu analysieren und zu bearbeiten. Er bezieht die verschiedenen Akteure und Wechselbeziehungen ein, die an Erzeugung, Herstellung, Versorgung, Konsum und Entsorgung von Lebensmitteln beteiligt sind, und berücksichtigt gleichzeitig die tiefgreifenden Zusammenhänge mit der öffentlichen Gesundheit und den zugrundeliegenden soziokulturellen, wirtschaftlichen, biophysikalischen und institutionellen Faktoren, die unsere Ernährungssysteme prägen.

Bei einem Ernährungssystemansatz wird daher davon ausgegangen, dass die in Ernährungssystemen auftretenden Probleme eng miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig verstärken. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung ganzheitlicher politischer Rahmenkonzepte erkennt dieser Ansatz das Potenzial der Ernährungssysteme an, positive

Effekte zu erzeugen und eine wesentliche Rolle bei der Verankerung von Gesundheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit im alltäglichen Leben und in der Alltagspraxis zu spielen. Wenn nicht alle Auswirkungen der Ernährungssysteme zusammen betrachtet werden, sind Strategien zur Bekämpfung des und zur Anpassung an den Klimawandel im Bezug auf die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln voraussichtlich wirkungslos.

Warum braucht es politische Integration über alle Ebenen und Sektoren hinweg?

Die Vielfalt der politischen Maßnahmen, die auf die Ernährungssysteme einwirken, müssen dringend reformiert werden, um dem Klimawandel, dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Zunahme ernährungsbedingter Krankheiten entgegenzuwirken, die Ernährungssicherheit und den Zugang zu Nahrung für alle zu gewährleisten und den Lebensunterhalt der in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie Beschäftigten nachhaltig zu sichern. Hierzu müssen die Maßnahmen in allen Politikbereichen und zwischen den verschiedenen Regierungsebenen abgestimmt werden, um den Übergang zu nachhaltigen Ernährungssystemen zu beschleunigen.

In den meisten Ländern sind die Zuständigkeiten für Ernährungssysteme auf verschiedene Ministerien verteilt, wobei die Ressorts für Landwirtschaft, Industrie und Handel, Gesundheit, Arbeit und Umwelt in der Regel unterschiedliche Prioritäten und widersprüchliche Ziele verfolgen. Um beispielsweise die Nettoemissionen auf Null zu bringen, muss eine nachhaltige Landnutzungspolitik zur Kompensation der verbleibenden Emissionen beitragen. Unterschiedliche Flächennutzungsansprüche - für die Nahrungsmittelproduktion, für Futtermittel, Fasern und Energiepflanzen und angesichts einer wachsenden Bevölkerung, für die Stadtentwicklung - lassen sich jedoch nur schwer miteinander in Einklang bringen, wenn es keine übergreifenden Ziele und sektorübergreifende Strategien für die Ernährungssysteme gibt. Darüber hinaus könnten Strategien zur Verringerung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung durch einen integrierten politischen Ansatz erheblich verbessert werden, der Maßnahmen ermöglicht, die gleichzeitig verschiedene technische Lücken (z. B. verbesserte Ernte, Verpackung und Kühlung) sowie Verhaltensänderungen (z. B. durch Kennzeichnung und Aufklärung) und Marktversagen (z. B. durch Umverteilung von Überschüssen und niedrigere Preise für fast abgelaufene Lebensmittel) adressieren könnten.

So wie zwischen verschiedenen Ressorts, gibt es auch erhebliche Unstimmigkeiten zwischen den Regierungsebenen. Die Mehrzahl der Innovationen im Bereich der nachhaltigen Ernährungssysteme findet auf lokaler und regionaler Ebene statt. Begrenzte internationale und nationale Sichtbarkeit, fehlende Zuständigkeit und Unterstützung für städtische und regionale Ernährungspolitiken und -partnerschaften bieten jedoch wenig Anreiz für diese Art von Experimenten. So wurde beispielsweise in den Erklärungen des MUFPP und der C40 bereits die Notwendigkeit der Koordination zwischen den Regierungsebenen benannt. Die nationalen Regierungen haben sich jedoch nicht eindeutig dazu verpflichtet und den Ernährungssystemen in ihren nationalen Beiträgen (NDCs) im Rahmen des Pariser Abkommens nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Ausarbeitung ganzheitlicher Ernährungspolitiken könnte diese Versäumnisse beheben, insbesondere durch Multi-Akteurs- und Mehrebenen-Governance-Mechanismen. Allerdings fehlt es im Allgemeinen an genau diesen Mechanismen für sektorübergreifende Arbeit und integrative Prioritätensetzung sowie an Möglichkeiten für einen Austausch bewährter Methoden und Bewertungsinstrumente zwischen den lokalen, regionalen und nationalen Behörden, die Veränderungen anstreben.

Die fortschrittlichsten ernährungspolitischen Maßnahmen wurden häufig durch partizipatorische Ansätze und Plattformen mit unter Einbeziehung vieler verschiedener Interessengruppen entwickelt. Eine ganzheitliche integrierte Ernährungspolitik kann auf diesen demokratischen und sektorübergreifenden Governance-Ansätzen aufbauen, indem sie eine langfristige Vision entwickelt, übergreifende Ziele für das gesamte Ernährungssystem festlegt, die verschiedenen sektoralen Politiken, die Produktion, Verarbeitung, Versorgung und Konsum steuern, neu ausrichtet, auf lokalen Experimenten aufbaut und alle Akteure des Ernährungssystems gleichberechtigt einbezieht - einschließlich Landwirt*innen, Jugendlichen, Unternehmer*innen, Gruppen der Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen -, um eine nachhaltige und gerechte Transformation möglich zu machen.

Warum kommt lokalen Akteuren eine herausragende Rolle zu?

Der Großteil an Innovation und Wandel im Bereich der nachhaltigen Ernährung findet auf lokaler und regionaler Ebene statt. Fehlende Anerkennung, Übertragung von Zuständigkeiten und Unterstützung für städtische und regionale Strategien und Partnerschaften im Bereich der Ernährungssysteme durch internationale und nationale Regierungen bieten jedoch keine Anreize, diese wichtigen Maßnahmen zu verstärken und in die Breite zu tragen.

Städte und Regionen sind bereits Vorreiter bei der Entwicklung ganzheitlicher Ernährungspolitiken und -strategien, um einen positiven Wandel des Ernährungssystems auf lokaler Ebene voranzutreiben. Dazu gehören Programme zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen, die Beschaffung gesunder und nachhaltiger Lebensmittel für öffentliche Kantinen, Kampagnen zur Förderung von Verhaltensänderungen hin zu einer gesunden Ernährung, einschließlich der Verringerung des industriellen Fleisch- und Milchkonsums, die Schaffung urbaner Gärten, landwirtschaftlicher Parks, Gründerhöfen, Food Hubs und Bauernmärkten, Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Initiativen für kurze Lieferketten sowie für die Sozial- und Solidarwirtschaft, die Stärkung agrarökologischer Entwicklungspläne, die Einbeziehung der Ernährung in die Stadt- und Regionalplanung, die Stärkung der Verbindungen zwischen Stadt und Land oder die Entwicklung von pestizid- und gentechnikfreien Regionen, Bio-Städten und Ökomodellregionen.